



**Postulat der Alternativen Grünen Fraktion und der SP-Fraktion  
betreffend Einsatz von so genannten Heizpilzen  
vom 27. November 2009**

Die Alternative Grüne Fraktion und die SP-Fraktion haben am 27. November 2009 folgendes Postulat eingereicht:

Der Regierungsrat wird eingeladen, die nötigen Schritte zu unternehmen, um den Einsatz von gas- oder elektrischbetriebenen Heizstrahlern (so genannte Heizpilze) sehr restriktiv zu gestalten. Insbesondere soll ein Dauereinsatz nicht möglich sein, wogegen ein Einsatz bei vereinzelt Anlässen denkbar ist.

Begründung:

- Vier mit Gas betriebene Heizstrahler brauchen gleichviel Energie wie der Heizkessel eines Einfamilienhauses. Heizpilze werden daher von Fachleuten als Energie fressende Geräte betrachtet, deren Einsatz reglementiert werden muss. Verschiedene Kantone haben bereits ein Verbot ausgesprochen (Basel-Stadt) oder prüfen eine solche Massnahme (Luzern, Zürich, Graubünden). In etlichen Städten wie z.B. Zürich, Winterthur, Yverdon wurden die Heizpilze verboten.
- Die kantonalen Energiedirektoren haben den Handlungsbedarf gesehen und diskutieren offenbar eine Regelung, nach welcher auf Terrassen und in Gartenrestaurants nur noch Wärmequellen möglich sind, die mittels erneuerbaren Energien oder anderweitig nicht nutzbarer Abwärme betrieben werden (Tagesanzeiger, 4. September 09).
- In der Zwischensaison ist es sehr verlockend für Gastwirtschaften, die Attraktivität ihrer Terrassen oder Gartenwirtschaften durch die Installation von Heizpilzen zu erhöhen. Wie die Erfahrung von anderen Kantonen zeigt, ist dies verstärkt nach der Einführung des Rauchverbotes festzustellen.
- Weil ab 1. März 2010 in vielen Zuger Lokalen ein Rauchverbot gelten wird, ist eine ähnliche Entwicklung im Kanton Zug sehr denkbar. Es ist daher einfacher und sinnvoller, eine Regelung mit klaren Einschränkungen im Voraus einzuführen als zu einem späteren Zeitpunkt, wenn verschiedene Gastbetriebe bereits die entsprechenden Investitionen getätigt haben. Selbst wenn eine gesetzliche Regelung bis zum 1. März 2010 nicht möglich wird, ist die Ankündigung der Prüfung einer solchen Massnahme bereits ein deutliches Signal, mit solchen Anschaffungen zuzuwarten bzw. nach Alternativen zu suchen.